

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mart.

35. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 30. März 1897.

№ 36.

Achtung! Bestellungen auf das II. Cu. 1897 des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Unsere Aufgaben in der Provinz.

Bei Ausständen innerhalb unsers Gewerbes ist sehr häufig die Wahrnehmung zu machen, daß die Stellen der austretenden Gehilfen sogenannte Kausreißer einnehmen, die bereits untrer Organisation angehört haben, aber durch irgend welchen Umstand entweder derselben den Rücken zu kehren sich veranlaßt fühlten oder ausgeschlossen wurden; meist sind es gar herzbrechende Geschichten, die diese „Gehilfen“ darüber zum besten geben und größtenteils spielt darin eine Vertrauensperson eine recht unrühmliche Rolle. Zweck dieser Zeilen soll es nun sein, die Aufmerksamkeit auf dieses Uebel zu richten, damit die Organisation vor dem Vorwurfe verschont bleibe, an der Züchtung von Streifbrechern nicht ohne Schuld zu sein. — Im § 1 des Statuts wird u. a. als Zweck des Vereins angegeben: „Strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der als maßgebend anerkannten Bestimmungen in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitspreise“, und um auch eine Exekutive zu haben, ist § 5 geschaffen, der Diejenigen mit Ausschluß bedent, die Handlungen begehen, welche die Interessen des Verbandes schädigen oder den Grundsätzen desselben zuwiderhandeln. In früheren Jahren wurde in Bezug auf Tariffänder letztere Bestimmung des öftern gehandhabt. Heutzutage erfolgen die allermeisten Ausschüsse wegen Restierens der Beiträge (abgesehen von den „Opposition“ angehörigen Ausschlossenen). — Um auch mehr und mehr in den Provinzstädten der Organisation Eingang zu verschaffen, kommt es nicht selten vor, daß Kollegen aufgenommen werden, die weder tarifliche Bezahlung noch tarifliche Arbeitszeit haben, die also durch die Organisation eine Stütze gewinnen sollen, das zu erreichen, „was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Deutschen Reich allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist“ (s. Motto des Tariffs). Leider gibt es nun unter diesen Kollegen eine Anzahl, die infolge der niedern untariflichen Entlohnung die Verbandsbeiträge dauernd zu leisten außer stande sind, und das Ende vom Lied ist der Ausschluß. Bietet sich solchen Gehilfen die anfangs erwähnte Gelegenheit, dann finden sie es selbstverständlich, ihre Lage durch Annahme der von den Mitgliedern verlassenen Konditionen zu verbessern. Da aber die Aufnahme genannter Kollegen nicht ganz von der Hand zu weisen ist, so müssen eben für den ganzen Bereich der Organisation geltende Bestimmungen seitens des Zentralvorstandes ergehen, wonach diese Kollegen mit Ablauf der 13. Steuerwoche um Anerkennung des Tariffs vorstellig werden müssen; erfolgt die Bewilligung nicht, dann ist unweigerlich die Kündigung einzutreten. Nur durch allerorts strenge Handhabung einer derartigen Vorschrift erzielen wir gesinnungstüchtige Mitglieder, während Lauheit in diesem Falle das Streifbrechertum fördert. — Aber noch andere Vorgänge innerhalb der Organisation geben zu denken. Hierzu diene das folgende Beispiel: Ist da in irgend einem Druck-

ort ein Konditionsloser, dem eine Stellung angeboten wird, die jedoch, sagen wir 50 Pf. unter Minimum entlohnt werden soll. Der Kollege erkundigt sich beim Vertrauensmann, ob er diese Stellung annehmen kann, was der letztere jedoch verneint — der Konditionslose wird sich damit bescheiden. Doch kurze Zeit darauf wird von demselben Vertrauensmann einem andern Kollegen die Annahme der Kondition unter Minimum gestattet. Daß dieses nicht der richtige Weg ist, prinzipientreue Mitglieder zu erhalten, leuchtet wohl Jedermann ein, umso mehr, als der Konditionslose noch am Orte weilt und sich zurückgesetzt sieht, denn was dem einen Mitgliede nicht gestattet wird, muß auch dem andern konsequenterweise versagt werden, und so kommt es denn, daß sich die Streifbrecher zum nicht geringen Teil aus dieser Kategorie von Gehilfen rekrutieren. — Daß bei Verfassung der Annahme nichttarifmäßiger Konditionen Ausnahmen ihre Berechtigung haben können (so lange wir uns im Uebergangsstadium für die Einführung des Tariffs befinden), mag zugegeben sein, doch sollten hierbei nur ganz bestimmte Fälle Berücksichtigung finden; z. B. könnte man einem Mitgliede, das sich auf der Reise befindet und nahe daran ist, ausgeteuert zu sein, in einem Orte, wo der Tarif Eingang noch nicht gefunden, die Annahme einer Kondition zugestehen, damit demselben Gelegenheit gegeben wird, wieder Beiträge zu leisten, um seiner Unterstützung nicht verlustig zu gehen. Allerdings müßte das Mitglied dann, nach bestimmten Grundsätzen, entweder nach 6 oder 13 Wochen, wenn es ihm nicht gelingt, in tariflicher Hinsicht Wandel zu schaffen, die Stellung wieder aufgeben, auch hätte dasselbe die Pflicht, in dieser Zeit für die Ausbreitung der Organisation zu wirken. Im allgemeinen muß aber dahin gestrebt werden, daß seitens der Verbandsfunktionäre die strenge Handhabung des Statuts Platz greift, hat doch seine Festsetzung auf den diversen Generalversammlungen außerordentlich viel Mühe und sonstige Opfer erfordert und es wäre traurig um unsre Organisation bestellt, sollten diese bloß aus dem Grunde gebracht sein, damit wir ein Statut besäßen, welches nur da ist, um nicht in allen seinen Teilen gehalten zu werden. — Hätten wir vielleicht in der ersten Zeit der strikten Einhaltung des Statuts eine kleine Einbuße zu verzeichnen, so würde sich diese bald wieder wettmachen lassen durch die Ersparung unnützer Kosten bei Streiks. — Bei dieser Gelegenheit sei auch der Maßregelungsunterstützung gedacht; wie häufig sind nicht die Fälle, in denen Mitglieder konditionslos werden, um dann hinterher aus irgendwelchen Anzeichen zu folgern, daß sie gemagregelt wurden. Die Verbandsfunktionäre befinden sich bei Beurteilung solcher Fälle in einer schwierigen Lage, denn jedem Mitgliede soll sein Recht werden. Aber aus einer Lappalie eine Maßregelung zu konstruieren, gelingt nicht immer; dann ist die Enttäuung groß, hatte man doch gehofft, eine höhere Konditionslosenunterstützung herauszuschlagen. In diesen Fällen ist die Maßregelungsunterstützung ein zweischneidiges Schwert, und deshalb über Bord mit ihr. Eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungen sowohl am Orte wie

auch auf der Reise würde jedenfalls günstigere Wirkungen erzielen. Ausnahmeunterstützungen könnten ja immerhin bei Ausständen gewährt werden. — Um diesen Auswüchsen zu begegnen, müßte die Verbandsleitung ihr Augenmerk darauf richten und deren Beseitigung energisch betreiben, soll nicht unsre Organisation zu einem reinen Versicherungsvereine herabsinken. P.

Korrespondenzen.

E. K. Bremen. Die außerordentliche Hauptversammlung des Bezirksvereins vom 24. März wies einen sehr zahlreichen Besuch auf, auch die Tagesordnung war reichhaltig und wichtig. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden gab Kollege Weber bekannt, daß ein an den Kreisvertreter in Hannover gerichtetes Schreiben betreffs des zu errichtenden Tariffriedsgerichtes und gemeinsamen Arbeitsnachweises für hiesigen Ort vermutlich auf der Post verloren gegangen sei, mithin konnte den Beschlüssen der allgemeinen Versammlung vom Januar noch keine Folge gegeben werden. Das Bureau jener Versammlung wird jedoch diese Angelegenheit weiter verfolgen. — Die vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: Als zweiter Bezirksvorsitzender wurde Kollege Witte und als zweiter Bezirkschriftführer Kollege Böhren gewählt. — Für die Wahl des Gauvorstandes wurden folgende Kollegen als Kandidaten aufgeführt: Rhein und Rosenlehner für den Gauvorsitzenden, Polze und Färer für das Gauassistentenamt, Hofmann und Kochanski als Gauchriftführer. Selbstredend ist von den Vorge schlagen nur je einer zu wählen. — Die vorgenommene Wahl der Beisitzer im Gauvorstande fiel auf die Kollegen Kühnast und D. Meyer. — Eine vom Gewerkschaftsartikel angeregte procentuale Vertretung der einzelnen Branchen in demselben zeitigte eine längere Debatte, doch wurde von einer definitiven Stellungnahme hierzu Abstand genommen, unsern Vertreter vielmehr abgegeben, die weiteren Entschlüsse der anderen Gewerkschaften dieser Frage gegenüber abzuwarten, um sodann der nächsten Versammlung eingehend Bericht erstatten zu können. — Bei vorgerückter Stunde wurde das Corr.-Obligatorium in Beratung genommen. Kollege Rosenlehner trat in längerer Ausführungen warm für dasselbe ein und brachte eine Statistik zur Verlesung, aus welcher ersichtlich, daß ein sehr großer Teil der hiesigen Mitglieder das Verbandsorgan nicht abonniert hat. Die Kollegen Kühnast, Brinkmann, Polze und Kochanski bekannten sich zwar nicht als direkte Gegner des Obligatoriums, bemängelten jedoch die jetzige Schreibweise des Corr. Zu einem Beschlusse führte diese Debatte nicht und wird sich eine spätere Versammlung über diesen wichtigen Punkt noch weiter äußern.

Essen, 13. März. Wenn es in dem Jahresberichte vom 22. Februar u. a. heißt, daß in der Druckeri von Krupp keine Schritte zur Einführung des neuen Tariffs unternommen wurden, so ist Unterzeichneter bereit, für seine Behauptungen voll und ganz einzutreten. Wenn die Herren in der betr. Druckeri glauben, daß es schon damit abgethan sei, ein einfaches Schriftstück, welches dann so ohne weiteres von der Firma begutachtet werden soll, einzutreten, so dürften sich dieselben doch ganz gewaltig irren; sie sollten doch aus der 1891er Bewegung die Lehre gezogen haben, daß es hier keiner Schönrede mehr bedarf, sondern Thaten nötig sind, wie sie die Kollegen der „R. N.“ und der übrigen Druckerien vollführt haben. Dieselben sahen auch schon von vornherein ein, daß die Kündigung, wie sich Herr Maack in der Berichtigung sehr weise ausdrückt, aussichtslos sei, jedoch beharrten sie auf dem Beschlusse vom 21. November v. J. und — kündigt. Daß sich die Herren jetzt nun noch so furchtbar aufgebracht fühlen können, indem doch schon zum wiederholten Mal Ausschluß für Diejenigen, die dem Beschlusse vom 21. November nicht gefolgt sind, auf der Tagesordnung stand, ist mir unbegreiflich. Sie behaupten, daß sie in dem Berichte mit dem General-Anzeiger auf eine Stufe gestellt worden seien; nun, wenn sie nicht noch unter demselben stehen, so fehlt doch nicht viel daran. Weiter berufen sie sich auf die hohen Löhne,

